Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 0.85 Mk.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 21. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 5 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 15 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 85 Sonnabend, den 23. Oktober 1926. 39. Jahrgang.

Gegen die Politik von Thoiry.

Nach einer Meldung der französischen Agentur Havas hat die Botschafterkonferenz in Paris soeben einen ziemlich befremdenden Beschluß gefaßt, der sich mit der Entwaffnung Deutschlands beschäftigt und in ziemlichem Gegensatz zu der in Locarno, Genf und Thoiry angebahnten Politik stehen würde. Die Agentur Havas berichtet über die Sitzung der Botschafterkonferenz am Mittwoch:

Es sei eine Anzahl von Berichten betreffend die Entwaffnung Deutschlands zur Kenntnis genommen worden. Die Berichte behandelten verschiedene Punkte, in denen die Kontrollkommission weiterhin der Ansicht sei, daß sie von der deutschen Regierung noch nicht befriedigt worden sei. Es handele sich insbesondere um die Organisation des Oberkommandos, hinsichtlich dessen übrigens der Rücktritt des Generals von Seeckt und die von seinem Nachfolger angenommenen Direktiven tatsächlich einige Beruhigung gebracht hätten. Die illegalen Rekrutierungen, die zur Demission des Generalissimus geführt hätten, beschäftigten gleichfalls die Konferenz. Es handle sich noch um die Herstellung und die Ausfuhr von Kriegsmaterial, die Organisation der Polizei, die Veräußerung gewisser militärischer Gebäude, die Befestigung von Königsberg, die sogenannten Sportverbände, die in Wirklichkeit militärische Ziele verfolgten. Erst wenn die Kontrollkommission der Botschafterkonferenz mitgeteilt habe, daß sie in allen diesen Punkten befriedigt worden sei, werde die Botschafterkonferenz den Völkerbund ersuchen können, die Aufgaben der Militärkontrolle in Deutschland zu übernehmen, wie dies in Locarno ins Auge gefaßt worden sei.

Der Reichsregierung liegt noch keine amtliche Mitteilung über diese Beschlüsse der Botschafterkonferenz vor, doch ist an ihrer Tatsächlichkeit kaum zu zweifeln. Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages ist zum 26. Oktober einberufen und es ist kaum daran zu zweifeln, daß bei dieser Gelegenheit die Stellungnahme der Reichsregierung zu den aufsehenerregenden Entschließungen der Pariser Botschafterconferenz klar umrissen wird.

Halbamtliche deutsche Erklärungen.

Von zuständiger Stelle wird zu den einzelnen Punkten der Havasverröffentlichung festgestellt, daß irgendwelche Änderungen in der Stellung des Chefs der Heeresleitung nicht vorgenommen worden und auch nicht mehr zu erwarten sind, nachdem bereits im Juli mit der Gegenseite darüber eine Einigung erzielt worden ist. Unsinnig ist es, wenn davon gesprochen wird, daß dem Nachfolger Seeckts, dem Generalleutnant Heye, bei der Übernahme seines Amtes Direktiven gegeben seien, die „einige Beruhigung gebracht hätten". Für die Reichsregierung ist die Frage der Stellung des Chefs der Heeresleitung durch die Neuregelung des Oberbefehls endgültig erledigt. Ferner muß man darauf hinweisen, daß die Demission des Generals v. Seeckt wegen der Einstellung des Kronprinzensohnes als Zeitfreiwilliger gezeigt hat, daß der Reichswehrminister nicht gewillt ist, illegale Rekrutierungen zu dulden. Über die Frage des Handels mit Kriegsmaterial sind die Verhandlungen noch im Gange, desgleichen wird noch verhandelt über die Forderungen der Gegenseite bezüglich der Polizeiorganisationen. Was die Verwertung ehemaliger Kasernen anbelangt, so kann die Regierung nachweisen, daß sie sich wiederholt um den Verkauf dieser Gebäude bemüht hat, jedoch bei der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzlage ohne Erfolg. Einer der wesentlichsten Streitpunkte scheint nach wie vor die Frage der Sportverbände zu sein. Hier verweist man seitens der zuständigen Stellen auf das Märzgesetz vom Jahre 1922, das militärisch organisierte Verbände verbietet. Die Exekutive für dieses Gesetz liegt bei den Ländern. Man kann nur wünschen, daß die Länderregierungen, soweit das nicht geschehen ist, alles tun, um diesen wirklich überflüssigen Streitpunkt aus der Welt zu schaffen.

*

Noch immer nicht befriedigt.

Zu den Schlußfolgerungen der Botschafterkonferenz ins Paris wird uns von besonderer Seite geschrieben:

Der soeben gefaßte Beschluß der Pariser Botschafterkonferenz zeigt mit betrübender Deutlichkeit, daß wir in der Frage, wann die internationale Militärkontrolle in Deutschland ihr Ende erreicht, trotz Locarno, Genf und Thoiry kaum einen Schritt vorwärtsgekommen sind. Die Botschafterconferenz besteht auf ihrem Schein, von irgendeinem Entgegenkommen ist nicht die Rede. Man hat wieder einmal festgestellt, daß Deutschland noch längst nicht so abgerüstet habe, wie die Entente es verlange. Diese Forderungen der Entente sind nämlich das Maßgebende, nicht etwa die Versailler Bestimmungen über die deutsche Entwaffnung. Auf der Botschafterconferenz ist man so gütig gewesen, sich wenigstens mit der Neuordnung des Oberkommandos befriedigt zu erklären. Aber man ist „unbefriedigt", sehr unbefriedigt über noch alle möglichen Punkte, deren Nichterfüllung anscheinend den Frieden in Europa bedroht, trotz unseres Eintritts in den Völkerbund und des Vertrages von Locarno.

Da ist zum Beispiel die Frage der Rekrutierung, die in Paris ernstes Kopfschütteln erregte, weil ein Prinz ein Manöver mitmachte. Da verlangt man weiter eine Umorganisierung der Schutzpolizei, hat sich immer noch nicht beruhigt über die Streitfrage, ob nicht auf der „Festung" Königsberg die zwanzig dort befindlichen Kanonen auf festen oder etwa beweglichen Lafetten stehen. Da hat man ferner allerlei in deutschen Zeitungen und Zeitschriften gelesen über die Herstellung und die Ausfuhr gewaltiger Mengen vom Kriegsmaterial, die Deutschland deswegen ins Ausland führe, um sie dort aufzubewahren. Da spuken auch noch die angeblichen Vorbereitungen der „Sportverbände" herum, obwohl soeben das Reichsgericht entschieden hat, daß weder der Sportklub „Olympia" noch der „Wiking", die aus politischen Gründen in Preußen verboten wurden, sich mit militärischen Vorbereitungen beschäftigen.

Auffallend war es ja schon, daß auch gegen Österreich vor einiger Zeit von der Botschafterkonferenz ein überraschender Vorstoß in der Entwaffnungsfrage erfolgte und daß man dort sogar eine Riesenmenge von Maschinen beschlagnahmte, die angeblich zur Herstellung von Kriegsmaterial dienen könnten. Es dürfte daher an der Zeit sein, nun endlich einmal etwas Tatsächliches über jene angedeuteten Verabredungen zu erfahren, um feststellen zu können, wie sie in Einklang zu bringen sind mit dem jetzigen Vorstoß der Botschafterkonferenz. Es ist doch höchst erstaunlich, daß Deutschland im Völkerbund ist, sogar im Völkerbundrat sitzt und trotzdem sich die Militärkontrolle gefallen lassen muß, also als eine kriegsverdächtige Macht betrachtet wird. Eine Aufklärung dieser Frage wird sich kaum noch umgehen lassen, wenn endlich die Verhandlungen von Locarno, Genf und Thoiry Früchte tragen sollen.

Über all dieses wird nun schon seit über einem Jahr hin und her geredet, Noten und Berichte werden gewechselt, das einzig Feste in der Erscheinungen Flucht aber ist und bleibt die Militärkontrollkommission. Die Botschafterkonferenz hat nun beschlossen, die militärische Kontrolle erst dann auf den Völkerbund übergehen zu lassen, wenn die Kontrollkommissionen der Entente berichtet haben, daß alle Entwaffnungsforderungen erfüllt sind. Die deutsche Öffentlichkeit weiß, daß man ebenso in Locarno wie in Genf, wahrscheinlich auch bei der Zusammenkunft in Thoiry, über diese Dinge gesprochen hat, und es ist mitgeteilt worden, daß dies im Geiste der Verständigung erfolgt sei. Es bedeutet daher eine schwere Enttäuschung, wenn sich jetzt herausstellt, daß praktische Folgen daraus nicht erwachsen sind.

Der Reichspräsident in Bremen.

Lebhafte Ovationen für Hindenburg.

Die Ankunft des Reichspräsidenten und seiner Begleitung zum Besuch der Freien und Hansestadt Bremen ist am Donnerstag morgen erfolgt. Es herrschte trockenes nebeliges Wetter bei 5 Grad unter Null. Der Reichspräsident schritt nach dem Empfang durch den Senatspräsidenten, Dr. Donandt, auf dem von Tausenden von Zuschauern umsäumten Bahnhofsplatz, mit stürmischen Hochrufen begrüßt, die Front der Ehrenkompagnie ab und verweilte längere Zeit bei den in großer Zahl erschienenen Altveteranen und nahm sodann den Vorbeimarsch entgegen. Darauf trat der Reichspräsident mit seiner Begleitung die Fahrt durch die festlich geschmückten Straßen nach dem Rathaus an, überall von der spalierbildenden Menge und von der Schuljugend mit lebhaften Ovationen herzlich begrüßt. Im Rathaus wurde der Reichspräsident vom Senat und dem Präsidium der Bürgerschaft empfangen.

Nach dem Empfang begab sich der Reichspräsident durch das Alte Rathaus nach dem Kaiser-Wilhelm-Platz, wo er zunächst die Altveteranen von 1864, 1866 und 1870/71, den Vorstand des Vereins der 91er und des 3. Garderegiments zu Fuß, der beiden von ihm früher befehligten Regimenter, und den Vorstand des Landeskriegerverbandes begrüßte. Darauf fand in der Liebfrauenkirche eine Besichtigung des Ehrenmals der Gefallenen des 1. Hanseatischen Infanterieregiments Nr. 75 statt, an dem der Reichspräsident einen Kranz niederlegte. Der Reichspräsident fuhr darauf nach den Bremischen Häfen und unternahm an Bord des Lloyddampfers „Vorwärts" eine Fahrt durch die Häfen 1 und 2. Um 12 Uhr legte der Tender beim Lloyddampfer „Fulda" an, auf dem die Flagge des Reichspräsidenten gehißt wurde. An Bord wurde der Reichspräsident vom Präsidenten des Norddeutschen Lloyds, Dr. Heineken, und dem Vorstand und Aufsichtsrat des Norddeutschen Lloyds herzlich begrüßt. Sodann fand ein Frühstück im kleinen Kreise statt. Der Reichspräsident verließ kurz vor zwei Uhr den Dampfer „Fulda" und begab sich im Kraftwagen zur Privatwohnung des Senators Böhmers, wo er Wohnung nahm.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Ministererklärungen im Reichstagsausschuß.

Im Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten, der sich mit der Erwerbslosenfürsorge beschäftigte, gab Reichsarbeitsminister Dr. Brauns im Namen der Reichsregierung eine Erklärung ab, in der es heißt: Die Reichsregierung bleibt bemüht, zusätzliche Arbeitsgelegenheit zu schaffen, insbesondere für die langfristigen Erwerbslosen. Angesichts der Arbeitsmarktlage, ferner der Tatsache, daß in durchaus nicht seltenen Fällen die heutigen Unterstützungssätze bereits die Löhne übersteigen oder schon sehr nahe an sie heranreichen, hält die Reichsregierung eine allgemeine Erhöhung der Unterstützungssätze für nicht angängig.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius führte sodann u. a. aus: Der tiefste Punkt der deutschen Wirtschaftskrise kann seit Februar dieses Jahres als überwunden gelten, unsere Wirtschaft befindet sich in einer aufsteigenden Entwicklung. Von einer günstigen Wirtschaftslage sind wir freilich noch weit entfernt. Sodann ging der Minister auf die Erschließung neuer Absatzmärkte durch Eröffnung neuer Kreditwege ein. Zur Frage der weiteren Finanzierung des Russengeschäftes erklärte der Minister, daß Verhandlungen im Gange seien und daß die Reichsregierung bemüht sei, die Finanzierungsmöglichkeiten in einem Umfange zu erweitern, der die Ausnutzung der vollen Garantie gestattet.

Reichsfinanzminister Dr. Reinhold schloß sich in der Beurteilung der Wirtschaftslage der Auffassung des Reichswirtschaftsministers an. Die Einnahmen des Reiches haben im ersten Halbjahr gegenüber dem Voranschlag ein Mehr von hundertdreißig Millionen ergeben. Trotzdem ist die Finanzlage immer noch angespannt. Da die Reichsregierung die Beschaffung von Arbeit für den besten Weg zur Behebung der Arbeitslosigkeit hält, hat sie im ordentlichen Haushalt 1926 hierfür hundertacht Millionen Reichsmark vorgesehen. In den Extraordinarien des Nachtragshaushalts sind weitere sehr erhebliche Mittel vorgesehen. Die Mittel sollen im Anleihewege aufgebracht werden.

Seipels Programmrede.

Neue Politik in Österreich.

Bundeskanzler Dr. Seipel unterbreitete dem Nationalrat das Programm seiner Regierung. Auf außenpolitischem Gebiete, so sagte Dr. Seipel, bleiben die von den bisherigen Regierungen eingehaltenen Grundsätze unverändert bestehen: die Politik der Offenheit in den Verhandlungen, die Verständigung mit allen, mit denen es noch einer Verständigung bedarf, die Vertragstreue und die Sicherung des Friedens. In den letzten Jahren hat niemand so viel Mühe darauf verwendet, zu sagen, wieviel uns mit dem großen Brudervolke im Deutschen Reich verbindet, als ich selbst. In dieser Aufklärungsarbeit will ich auch als Bundeskanzler nicht ermüden.

Als Hauptpunkte des innerpolitischen Programms bezeichnete Dr. Seipel die Erhaltung des Gleichgewichts im Staatshaushalt sowie die Wiederherstellung des Ansehens der parlamentarischen Einrichtungen. Dazu sei notwendig, daß das „Unvereinbarkeitsgesetz" (von Politik und Geschäft) von Grund auf ausgebaut werde, die Auswirkungen der Inflationszeit zum Verschwinden gebracht werden und ein Trennungsstrich zwischen Vergangenheit und der neuen Zeit gezogen wird. Dr. Seipels Programm hat in der Öffentlichkeit eine günstige Aufnahme gefunden.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Landwirtschaft zum Wirtschaftsmanifest.

Der Präsident des Reichslandbundes, Graf Kalckreuth, hat auf der Generalversammlung des Landbundes der Provinz Sachsen in Halle zu dem europäischen Wirtschaftsmanifest Stellung genommen. Graf Kalckreuth meinte, man könne nicht, wie dies in landwirtschaftlichen Kreisen teilweise geschehen ist, die Kundgebung ohne weiteres als einen Angriff gegen die in Deutschland bestehenden landwirtschaftlichen Zölle ansehen. Sollte aber bei einem Teil der Unterzeichner, soweit sie der Industrie angehören, die Auffassung bestehen, daß man durch internationale Trustabmachungen an Stelle von Zollschutz für landwirtschaftliche Produkte die Arbeiter in Deutschland billiger ernähren könne und dadurch in der Industrie auch billiger produzieren, so sei dies ein verhängnisvoller Trugschluß. Auf den schwer zu bewirtschaftenden Landstrecken, so auf leichtem oder ganz schwerem Boden, würde dann kein Mensch mehr den untertabel gewordenen Anbau fortsetzen, und weite Strecken jetzt noch fruchtbaren Ackerlandes würden sich, ähnlich wie die Entwicklung in England gezeigt hat, in Wald oder Heide verwandeln. Dagegen würde dann Deutschland die völlige Abhängigkeit von den großen Getreideproduzenten Amerika, Kanada und später auch Rußland eintauschen und zu den Hunderttausenden von Arbeitslosen der Industrie kämen dann noch Hunderttausende von beschäftigungslosen Landarbeitern.

Reichsverkehrsminister Krohne über Verkehrspolitik.

Reichsverkehrsminister Dr. Krohne sprach im Reichsklub der Deutschen Volkspartei über verschiedene Probleme der Verkehrspolitik. Bei Beurteilung der Eisenbahn müsse man im Auge behalten, daß diese das Hauptobjekt für die Reparationserfüllungen sei. Es werde sich erst 1928 zeigen, ob es der Reichsbahn möglich sei, sowohl die Interessen der Wirtschaft zu wahren wie auch die Reparationsverpflichtungen zu erfüllen. Der Redner betonte, daß sich eine gute Zusammenarbeit zwischen Reichsbahn und Reichsverkehrsministerium angebahnt habe. Hinzuweisen sei auf die der Eisenbahn entstandene Konkurrenz durch Auto und Flugzeug. Der Minister kam dann auf die Luftfahrt zu sprechen und erklärte, Deutschland besäße heute keinen Flugzeugschrott, sondern nur hochwertige Flugzeuge. Durch die Beteiligung an der Luftthansa beabsichtigt die Regierung keineswegs eine Sozialisierung der Luftfahrt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219261023-15/fragment/page=0001

Das Reich sei mit 33 Prozent beteiligt, die Herrschaft müsse das Privatkapital auf diesem Gebiete behalten. Er erwähnte dann noch, daß zum Zwecke der Schaffung einer Linie Berlin—Marseille—Barcelona eine deutsch-spanische Gesellschaft gegründet sei, an der Deutschland mit 49 Prozent beteiligt sei. Hierdurch werde der Weg nach Südamerika frei und Deutschland beherrsche den Markt in Spanien, das selbst keine Flugzeuge baue. Der Erkundigungsfahrt nach China werde im nächsten Sommer ein regelmäßiger Verkehrsflug nach China folgen. Auf den Kraftfahrzeugverkehr übergehend forderte der Minister von der Industrie größere Verbilligung und planmäßige Förderung des öffentlichen Autoverkehrs sowie Klärung der Straßenbaufrage, wobei es noch zweifelhaft sei, ob sich eigene Autostraßen für Deutschland eigneten. Zum Schluß erwähnte der Verkehrsminister Dr. Krohne die Seeschiffahrt und stellte die Forderung auf, das Reich müsse sich nunmehr an dem Wiederaufbau der Flotte durch Subventionen, jedoch ohne irgendwelche Einengung der privaten Betätigung, beteiligen.

Nordamerika.

× **Tod eines amerikanischen Sozialistenführers.** Einer der ältesten sozialistischen Führer Amerikas, Eugene Victor Debs, ist gestorben. Er hatte als Präsident des Eisenbahnerverbandes zahlreiche große Streiks organisiert und war fünfmal sozialistischer Kandidat für die Präsidentschaft der Vereinigten Staaten, das letztemal, als er eine zehnjährige Gefängnisstrafe verbüßte, zu der er wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze und wegen seiner kriegsfeindlichen Haltung verurteilt worden war. Nachdem er einen großen Teil seiner Strafe verbüßt hatte, wurde er von Präsident Harding begnadigt.

Aus In- und Ausland.

Leipzig. Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik hat die vom preußischen Innenminister Severing am 12. Mai dieses Jahres verfügten Verbote des Wikingbundes und des Sportklubs Olympia aufgehoben und das Weiterbestehen der beiden Bünde zugelassen.

Warschau. Zur Frage der Chorzower Stickstoffwerke hat die polnische Regierung als ihre Auffassung der deutschen Gesandtschaft mitgeteilt, daß sich eine Pflicht der polnischen Regierung, die Chorzower Werke als solche zurückzuerstatten, weder aus dem Genfer Abkommen noch aus dem Schiedsspruch des Haager Tribunals ergibt. Die Regierung erklärt sich jedoch zu Verhandlungen bereit.

Bukarest. Der rumänische Ministerpräsident läßt alle im Anschluß an die in Paris erfolgte Begegnung zwischen der Königin und dem früheren Kronprinzen aufgetauchten Meldungen von einer Rückkehr des Kronprinzen Carol nach Rumänien und der Wiedereinsetzung in seine früheren Rechte energisch dementieren.

Aus der Umgegend

Nebra, den 23. Oktober 1926.

— **Winters Einzug.** Die letzten kalten Nächte haben ihre Spuren zurückgelassen. Zwar verspüren wir im geschützten Tale noch kein sichtbares Zeichen des Winters, aber die das Tal einsäumenden Anhöhen der Finne mit ihren Ausläufern zeigen schneebedeckte Häupter und gemahnen uns an das baldige Ende des Herbstes. Die Vorhersagen eines zeitigen Winters scheinen somit eintreffen.

— **Schöffenwahl.** Bei der Auswahl der Schöffen und Geschworenen für das Geschäftsjahr 1927 wurden folgende Herren als Jugendschöffen für das Jugendgericht in Nebra gewählt:

1) Lehrer Paul Reinhard und
2) Stellmachermeister Albert Franke, beide in Nebra;

als Hilfsjugendschöffen:

1) Schmiedemeister Otto Wirthmann in Bitzenburg,
2) Lehrer Paul Lopp in Nebra.

Als Schöffe für das große Jugendgericht in Naumburg a/S.: Rektor Max Sander in Nebra.

Als Schöffe für die große Strafkammer in Naumburg: Buchhändler Walter Scharf in Nebra.

Als Schöffe für die kleine Strafkammer in Naumburg: Lagerhalter Albert Hankel in Nebra.

Als Schöffe für das Schöffengericht in Naumburg: Rentier Oswald Föhrigen in Nebra.

Als Mietsschöffe für das Mietsschöffengericht seitens der Hausbesitzer

1) Buchhalter Friedrich Werner,
2) Uhrmacher Paul Schwiecker,
3) Steinsetzmeister Otto Hoffmann,
4) Maurer Otto Stahr, sämtlich in Nebra.

Als Hilfsschöffen:

1) Rentner Otto Hintze,
2) Kaufmann Walter Guthsmuts,
3) Lehrer Otto Hohlbein,
4) Maurer Emil Teichmann, sämtlich in Nebra.

Als Mietsschöffe seitens der Mieter:

1) Aufseher August Ronneburg,
2) Schneidermeister Friedrich Weise,
3) Rektor Max Sander,
4) Justizinspektor Fechner, sämtlich in Nebra.

Als Hilfsmietsschöffen seitens der Mieter:

1) Maurer August Kaulwell,
2) Arbeiter Franz Janeck,
3) Steinhauer Friedrich Marquardt, sämtl. in Nebra,
4) Bahnarbeiter Walter Müller in Reinsdorf.

— **Fußballsport.** Am Sonntag, den 24. 10. stehen sich auf der Wiese unterhalb der Altenburg folgende Mannschaften im Fußballspiel gegenüber: Naumburger Sp. V. v. 1905 IV. Mannschaft gegen Nebraer Sp. V. v. 1924 II. Mannschaft — — Naumburger Sp. V. v. 1905 III. Mannschaft gegen Nebraer Sp. V. v. 1924 I. Mannschaft. Alle Anhänger des Fußballsports möchten wir darauf hinweisen, daß die Kämpfe um 2³⁰ Uhr Nachmittag beginnen.

— **Lichtspiele.** Wohl die beste Reklame für den morgen zur Abrollung kommenden Film dürfte der Umstand sein, daß ihn unsere Lichtspiele zu dem ihr zugesagten Termin (10. Oktober) nicht erhalten konnte, weil der Vorspieler diesen infolge eines allgemeinen Wunsches des Publikums einen Tag länger zurückbehalten hatte. Wird er auch hier ein übervolles Haus bringen? Wir wollen es hoffen, denn für wirklich große Sachen ist ja auch unser Nebraer Publikum empfänglich.

— **Schützenhaus.** Durch ein Versehen unsererseits ist in der letzten Nummer des Anzeigers eine Anzeige vom Schützenhause über eine Hauskirmes abgedruckt. Wie uns berichtigend mitgeteilt wird, sind dazu Stammgäste, Schützen usw. eingeladen. — Auch die Redaktion war hierzu geladen und dadurch ist der Irrtum entstanden. Eine allgemeine öffentliche Veranstaltung findet mithin nicht statt, was hiermit berichtigend mitgeteilt sei.

Strafsachenverhandlung am Amtsgericht Nebra

am 21. Oktober 1926.

Vorsitzender: Amtsgerichtsrat Meischeider; Vertreter der Staatsanwaltschaft: Justizinspektor Fechner; Protokollführer Gerichtsaktuar Fritsche, sämtlich in Nebra.

1) Gegen einen Strafbefehl in Höhe von 40 Mk. hatte der Reisende Hans Guzy in Nebra gerichtliche Entscheidung beantragt. Es wurde ihm zur Last gelegt, außerhalb des Gemeindebezirkes ohne gewerbliche Niederlassung, ohne vorangige Bestellung und ohne im Besitze eines Gewerbescheines zu sein, Waren feilgeboten zu haben. Da der Angeklagte heute nicht erschienen ist, wurde sein Einspruch verworfen. Die Kosten fallen dem Angeklagten zur Last.

2) Angeklagt wegen Betrug war der Kaufmann Anton von Ebig in Hövel, die Sache wurde vertagt, um noch mehr Zeugen zu laden.

3) Gegen einen Strafbefehl in Höhe von 30 Mk. hatte der Autohändler Karl Horn in Jena gerichtliche Entscheidung beantragt. Es wurde ihm zur Last gelegt, am hinteren Kennzeichen keinen Polizeistempel an seinem Au owagen gehabt zu haben (laut Verord. vom 5. Dezember 1925 in Verb. mit § 21 über Kraftverkehr). Es blieb heute bei der Strafe von 30 Mk. oder 6 Tage Haft und Kostentragung.

4) Gegen eine polizeiliche Strafverfügung von 10 Mk. hatte der Landwirt Karl Hamel in Nebra gerichtliche Entscheidung beantragt. Es nahm heute seinen Einspruch zurück.

5) Angeklagt wegen Unterschlagung war der Kraftwagenführer Paul Heinze, früher in Tröbsdorf, jetzt in Wurzen. Da der Angeklagte heute nicht erschienen ist, wurde Haftbefehl gegen ihn erlassen.

6) Gegen einen Strafbefehl in Höhe von 20 Mk. hatte der Schuhmachermeister Hugo Pfingst in Nebra gerichtliche Entscheidung beantragt. Es wurde ihm zur Last gelegt, sich gegen die Beschlagnahme seiner Wohnung vergangen zu haben. Das Urteil lautete heute: Der Angeklagte ist des Vergehens gegen § 137 St. G. B. nicht schuldig und wird auf Kosten der Staatskasse freigesprochen.

Roßleben. Ein Tag stillen Gedenkens und schmerzlicher Erinnerung, aber auch ein Tag aufrichtigsten Dankes an unsere Krieger wird der nächste Sonntag sein, die Weihe unseres jetzt fertiggestellten Heldendenkmals für die im Weltkriege gefallenen Söhne unserer Gemeinde. Vormittags findet ein Kirchgang statt, um 2 Uhr beginnt der Weiheakt, und um 4 Uhr wird in der Kirche eine musikalische Feierstunde gehalten. Ein Fackelzug am Abend wird den offiziellen Teil beschließen. — Im Anschluß an den Fackelzug veranstaltet die Sperbersche Kapelle im Saale der „Weintraube" ein vaterländisches Konzert.

Weimar. Der praktische Arzt Dr. Boner verunglückte mit seinem Auto bei Schmalkalden. Ein Reh sprang an das Vorderrad des Wagens, die Steuerung versagte und das Auto überschlug sich, wobei es den Fahrer und Dr. Boner unter sich begrub. Während der Fahrer, ein Bankangestellter, unverletzt blieb, konnte bei Dr. Boner nur noch der Tod festgestellt werden.

Gitteide. (Eine 100jährige.) Ihren 100. Geburtstag kann im nächsten Jahre die hier wohnende Frau Meinhausen feiern. Sie kann sich rühmen, Ur-Ur-Großmutter zu sein, denn es leben fünf Generationen: Kind, Mutter Großmutter, Urgroßmutter und die alte Frau Meinhausen als Ur-Ur-Großmutter.

Harlingerode. Nach Hinterlassung eines Zettels mit der Aufschrift: „Ich komme nicht wieder!" ist seit Freitag der Landwirt Wilhelm Sybille von hier spurlos verschwunden. Es wird eifrig nach ihm gefahndet.

Halberstadt. Ein Vergaserbrand vernichtete hier bei einer Notlandung des Flugzeug des halleschen Kunstfliegers Meisterknecht. Der Flugzeugführer und die Fluggäste erlitten keinerlei Verletzung.

Quedlinburg. (Ein gefährlicher Säufer.) Vormittags kam es in der Hohenstraße zu einem aufregenden Vorkommnis. Dort kamen einige total betrunkene Männer die Straße entlang. Durch lautes Krakeeln erregten sie bald die Aufmerksamkeit der Passanten. Plötzlich stürzte sich einer der Raufbolde auf einen Handwagen und warf ihn, wie am Spieße schreiend um. Der Zufall wollte es, daß sich ein Baggerwagen des städtischen Tiefbauamtes näherte. Der Betrunkene stürzte sich auf diesen zu, warf sich vor die Pferde und umklammerte die Beine derselben. Einige Passanten eilten schnell herzu, um den Bedauernswerten zur Vernunft zu bringen. Als das scheinbar gelungen war, und man den Betrunkenen losließ, da fiel er wie ein Sack in den Rinnstein.

Nah und Fern.

○ **Der Hamburger Schiffsverkehr durch Nebel stillgelegt.** Die Schiffahrt auf der Elbe ist durch starken Nebel fast vollständig ins Stocken geraten. Es sind keine Seeschiffe mehr in den Hafen eingelaufen. Die ausgegangenen Schiffe haben unterhalb Neumühlen Anker geworfen, um klares Wetter abzuwarten. Das Verholen von Seeschiffen ist unmöglich. Cuxhaven meldet ebenfalls starken Nebel.

○ **Verhaftung zweier Banknotenfälscher.** Der Elberfelder Kriminalpolizei gelang es, zwei Banknotenfälscher zu verhaften und deren Werkstatt auszuheben. Ein Werkmeister wurde bei der Ausgabe von falschen Zehnmarkscheinen verhaftet. Die weiteren Ermittlungen führten zur Wohnung eines Buchdruckers, wo man eine primitive Buchdruckerei vorfand, die für die Herstellung falscher Zehnmarkscheine eingerichtet war. Die beiden Verhafteten sind geständig.

○ **Todessprung vom Aussichtsturm.** Einen furchtbaren Selbstmord verübte der zwanzigjährige Konditorgehilfe Rudolf Zimmer in Freiwaldau. Er unternahm mit einem Freund zusammen einen Ausflug nach der Goldkoppe, bestieg dort allein den 26 Meter hohen Aussichtsturm und sprang hinunter. Der junge Mann starb kurze Zeit darauf an den erlittenen schweren Verletzungen.

○ **Zusammenstoß zweier Kraftwagen.** Auf der Chaussee zwischen Borken und Bocholt stieß ein Lastkraftwagen mit einem mit vier Personen besetzten Personenkraftwagen zusammen. Der Zusammenstoß war so heftig, daß drei Insassen des Personenautos auf die Straße geschleudert und schwer verletzt wurden. Der Führer des Wagens kam mit Schnittwunden im Gesicht und an den Händen davon.

○ **Eine Katze verursacht den Tod eines Menschen.** Als der Streckenarbeiter Karl Gruner in Blintendorf bei Gefell die geerneteten Kartoffeln in den Keller bringen wollte, sprang ihm plötzlich vor dem Kellereingang ein kleines Kätzchen in den Weg. Um das Tier nicht zu treten, wich er aus und trat dabei auf die Ecke eines lose auf dem Kellerloch liegenden Holzdeckels. Gruner verlor den Halt und fiel in den Keller hinab. Er stieß dabei mit dem Unterleib gegen den Deckel und trug eine Darmzerreißung und innere Blutergüsse davon. Eine Stunde darauf starb der Verletzte.

○ **Raubüberfall.** Ein Raubüberfall ereignete sich in Breslau. Eine Angestellte einer Zigarrenfabrik hatte auf dem Postscheckamt 3500 Mark abgeboben. Im Flur des Hauses ihrer Firma angekommen, wurde sie von einem jungen Burschen überfallen, der ihr die Tasche mit dem Gelde entriß und flüchtete. Auf die Hilfserufe der Überfallenen wurde sofort die Verfolgung des Verbrechers aufgenommen, der mit Hilfe eines herbeigerufenen Polizeibeamten verhaftet wurde.

○ **Aus dem Zuge gestürzt.** Als nachts der D-Zug die Station Hruschab passiert hatte, bemerkte ein Weichenwächter einen Mann, der sich bemühte, sich nach dem Stationsgebäude zu schleppen. Der über und über mit Blut besudelte Mann war ein Oberrevisor der Staatsbahn, der anscheinend in der Schlaftrunkenheit versehentlich eine Abteiltür geöffnet hatte und dabei aus dem fahrenden Zuge gestürzt war. Der Revisor ist sehr schwer verletzt und hat außer mehreren äußeren Wunden einen Armbruch und einen Schlüsselbeinbruch davongetragen.

○ **Ein See spurlos verschwunden.** Der 15 Meter tiefe Dapellisee an der polnischen Grenze in Ostpreußen ist nach einem Wolkenbruch spurlos ins Erdinnere verschwunden. Nachforschungen ergaben, daß das Wasser im Innern der Erde weitergewandert ist.

○ **Familientragödie in England.** In dem Städtchen Wensleydale in der Grafschaft Westburton hat sich eine furchtbare Tragödie zugetragen. Der 65jährige Colonel Edward Wray erschoß seine Frau und seinen 21jährigen Sohn, versuchte das Schloß Westholme, das die Familie bewohnte, in Brand zu setzen und beging dann Selbstmord. Man nimmt an, daß der Colonel plötzlich irrsinnig geworden ist.

○ **Explosion in einem Zollgebäude in Belgrad.** Als Arbeiter im Zollagergebäude eine Kiste fallen ließen, die laut Erklärung des Absenders Spielzeug enthalten sollte, explodierte der Inhalt. Das Gebäude geriet in Brand. Eine Person wurde getötet und eine verletzt.

○ **Eine sensationelle Versteigerung.** In Newyork wird das Mobiliar des Erzherzogs Leopold Habsburg, des Sohnes des verstorbenen Erzherzogs Leopold Salvator, versteigert. Leopold Habsburg hat sich gegen ein Honorar von 20 000 Dollar bereit erklärt, bei der Versteigerung persönlich die Honneurs zu machen.

○ **Posttransporte im Panzerwagen.** Aus Newyork meldet man, der Generalpostmeister habe um die Bewilligung einer weiteren Summe von einer Million Dollar für den Postetat ersucht, damit Panzerwagen angeschafft und besondere Wächter angeworben werden können. Dem Generalpostmeister stehen 2500 Marinesoldaten zum Schutz von Postwagen gegen Raubüberfälle zur Verfügung.

Bunte Tageschronik.

Erfurt. Auf der Strecke Erfurt—Eisenach—Bebra werden zurzeit mit einer Turbinenlokomotive von Krupp Versuchsfahrten ausgeführt. Die großen Erfolge, die mit Dampfturbinen an Stelle von Kolbendampfmaschinen erzielt wurden, führten dazu, auch bei Lokomotiven diese Antriebsart zu versuchen. Die Turbinenlokomotive zeigt in ihrem Aufbau ein ganz anderes Bild als die Dampflokomotive.

Prum (Eifel). Dreißig Lippustente aus dem benachbarten Dorfe Schönecken wurden in das hiesige Krankenhaus eingeliefert. Todesfälle sind nicht zu verzeichnen. Umfassende Abwehrmaßnahmen sind eingeleitet worden.

Paris. In Biarritz ist schon wieder eine Villa von Einbrechern heimgesucht worden. Nach Angabe der Besitzerin haben die Diebe fünf Schmucksachen im Gesamtwerte von 400 000 Frank gestohlen. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur.

Rom. Bei Civitavecchia in der Nähe des Artillerieschießplatzes spielten drei junge Leute mit einer noch geladenen Granate, die sie am Boden gefunden hatten. Die Granate explodierte und zerriß die drei jungen Männer vollständig.

Neapel. In Avellino bei Neapel wurde ein mit Faschisten überladener Lastwagen von einem andern, der ihn überholte, so dicht gestreift, daß fünf Faschisten, die auf dem Trittbrett standen, buchstäblich zermalmt wurden.

Tornado über Kuba.

Große Zerstörungen in Havanna.

Ein über Kuba und hauptsächlich über Havanna lobender Tornado zerstörte Hunderte von Häusern. Die Straßen in den Städten sind mit Trümmern bedeckt. Straßenbahnen und Telegraphenstangen wurden umgerissen. In Havanna sind sämtliche Lichtleitungen zerstört. Die Zeitungen konnten nicht erscheinen. Der Orkan hatte eine Stundengeschwindigkeit von 120—130 englischen Meilen. Da Warnungszeichen gegeben worden waren, war die Bevölkerung auf das Herannahen des Sturmes vorbereitet. So gut wie alle kleinen Schiffe und Barkassen im Hafen wurden beschädigt oder zum Sinken gebracht. Der norwegische Dampfer „Zhorberg" wurde von der einen Seite des Hafens, wo er festgemacht war, auf die andere Seite und dann wieder zurückgeschleudert.

Es brausten ungeheure Wasserberge über die Ufermauern Havannas landeinwärts. Die Hafenanlagen sind überall stark beschädigt worden. Auch hat die Ernte in den Provinzen Havanna, Matanzas und Pinar del Rio großen Schaden erlitten. Wie amtlich gemeldet wird, wurden infolge des Orkans ungefähr 30 Personen getötet und 300 verletzt. Tausende sind ohne Obdach. Polizei und Soldaten patrouillieren in den Straßen und haben Befehl erhalten, ohne Warnung auf jeden Plünderer zu schießen. Die Stadt ist ohne Licht. Bäume wurden umgerissen und die Trümmer zahlreicher Schiffe schwimmen im Hafen.

Nach Meldungen aus Jacksonville auf Florida wütete der von Kuba kommende Orkan mehrere Stunden über Florida und richtete große Zerstörungen an. Die Einwohner und Flüchtlinge von Miami, die in Schulen und festen Gebäuden Zuflucht gefunden hatten, erhielten die Aufforderung, in ihre Häuser zurückzukehren, da die Gefahr vorüber sei. Das Barometer steigt andauernd.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219261023-15/fragment/page=0002

Englisch-türkische Kaukasus-Verhandlungen

Berlin. Wie aus Paris gemeldet wird, erörtern dortige Diplomatenkreise lebhaft englisch-türkische Verhandlungen, die vor mehreren Wochen in Konstantinopel noch von dem inzwischen nach Berlin versetzten englischen Botschafter Lindsay begonnen worden sind und den Beitritt der Türkei zum Völkerbund zum Gegenstand haben. Bestreit, die türkisch-russische Freundschaft zu zerschlagen, hat England Kemal Pascha nicht mehr und nicht weniger als den Kaukasus, die Vormachtstellung auf dem Schwarzen Meer und eine größere Anleihe zu günstigen Bedingungen angeboten.

Zwei Todesurteile.

Hamburg. Das Schwurgericht verurteilte den Arbeiter Heinrich Becker und den Bäcker Gustav Puls wegen Mordes und versuchten Raubes an dem Händler Fränkel zum Tode. Der Mord war am 4. August 1919 verübt worden. Beide Täter wurden bereits im November 1923 vom Hamburger Schwurgericht wegen Ermordung des Zigarrenhändlers Holst verurteilt, und zwar Becker zum Tode, Puls zu zehn Jahren Zuchthaus wegen Beihilfe.

Mahnung zur Besonnenheit.

Koblenz. Die Pressestelle des Oberpräsidiums gibt bekannt: Aus Anlaß mehrerer bedauerlicher Zusammenstöße zwischen Angehörigen der Besatzungsarmee und der Bevölkerung des besetzten Gebietes hat die preußische Regierung im Einvernehmen mit der Reichsregierung den Oberpräsidenten der Rheinprovinz und die Regierungspräsidenten des besetzten Gebietes erneut angewiesen, auf Behörden und Bevölkerung im Sinne einer würdigen und besonnenen Zurückhaltung gegenüber der Besatzung einzuwirken, um Zwischenfälle zu vermeiden, die, wie auch immer die Schuldfrage im einzelnen liegen möge, das Gesamtproblem der Befriedung erschweren und insbesondere das von der Reichsregierung verfolgte Ziel einer baldigen völligen Befreiung des besetzten Gebietes gefährden.

Neue Erdrutsche bei St. Moritz.

St. Moritz. In der vergangenen Nacht müssen sich an der Dent du Midi neue Erdrutsche ereignet haben. Man vernahm ein Dröhnen, wie es bei den früheren Erdrutschen der Fall gewesen war. Der in der Nacht gefallene Regen hat das Wasser des Barthelemybaches stark zum Anschwellen gebracht. Die Kantonstraße ist erneut unterbrochen und der Verkehr für Fahrzeuge aller Art gesperrt.

Kohlennot in Italien.

Rom. In Anwesenheit der Minister für Verkehr und für Wirtschaft hat eine Besprechung mit italienischen Großindustriellen über die augenblickliche Kohlennot in Italien stattgefunden. Der bisherige durchschnittliche Jahresbedarf Italiens an Kohlen betrug unter Beifeitelassung der Bedürfnisse der Handels- und Kriegsmarine 10 Millionen Tonnen. Infolge der Entwicklung der italienischen Industrie ist dieser Betrag diesmal bereits innerhalb der vergangenen zehn Monate verbraucht worden. Es handelt sich nunmehr darum, woher und zu welchem Preise die fehlende Kohle zu beschaffen ist, da der Bergarbeiterstreik in England eine große Knappheit und Verteuerung der Kohle am Weltmarkt hervorgerufen hat.

Sir Robert Lindsays Abreise nach Berlin.

London. Sir Robert Lindsay, der neue britische Botschafter in Berlin, wird Freitag von London abreisen, um sich auf seinen Posten zu begeben.

Der deutsche Außenhandel im September

13 Millionen Mark Ausfuhrüberschuß.

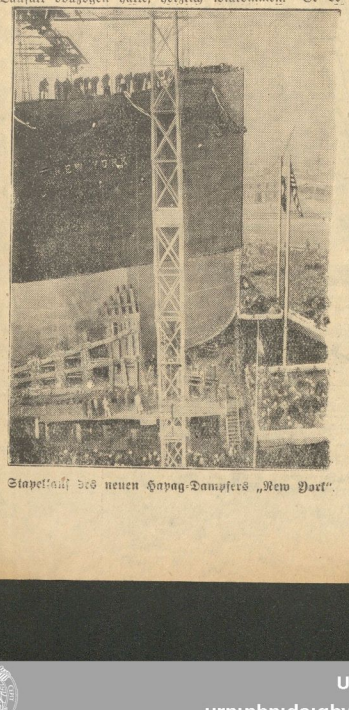
Der deutsche Außenhandel zeigt im September im reinen Warenverkehr einen Ausfuhrüberschuß von 13 Millionen Mark. Insgesamt ist er dagegen, hauptsächlich infolge eines aus dem Auslande zurückgenommenen Golddepots, mit 91 Millionen passiv. Die reine Wareneinfuhr im September weist gegenüber dem Vormonat eine Abnahme um 96 Millionen Mark auf. Die Einfuhr an Lebensmitteln und Getränken zeigt eine Abnahme um 128 Millionen Mark, die Einfuhr an Rohstoffen und halbfertigen Waren ist dagegen um 18 Millionen, die Einfuhr an Fertigwaren um 11 Millionen Mark gestiegen. Die Ausfuhr zeigt gegenüber dem Vormonat eine nur unwesentliche Zunahme (um 2 Millionen Mark). Gestiegen ist die Ausfuhr an Lebensmitteln (um 3 Millionen Mark) und Fertigwaren (um 11 Millionen Mark), bei der Ausfuhr von Rohstoffen ist dagegen ein leichter Rückgang (um 11 Millionen Mark) festgestellt.

Die Einfuhr an Gold und Silber ist gegenüber den Vormonaten um 55,5 auf 107 Millionen Mark gestiegen, wobei der größte Teil auf ein aus dem Auslande zurückgenommenes deutsches Golddepot entfällt.

Zum Stapellauf des Dampfers „New York"

Festigung der amerikanischen Beziehungen.

Aus Anlaß des Stapellaufes des neuen Dampfers „New York" gab die Hamburg-Amerika-Linie im Hotel Atlantic ein Festessen. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Hapag, von Schindel, hieß die Gemahlin des Newyorker Oberbürgermeisters Walker, die den Taufakt vollzogen hatte, herzlich willkommen. Er betonte, die Hapag hoffe aufrichtig, daß die Namenwahl in den Vereinigten Staaten sympathisch aufgenommen werde. Er trank auf das Wohl und Gedeihen der nächtigen Stadt Newyork. Verlesen wurde sodann ein Schreiben des Newyorker Bürgermeisters Walker, in dem dieser seinen Dank für die seiner Gemahlin und ihm erwiesenen Ehren ausspricht. Das neue Schiff werde in beträchtlichem Maße dazu beitragen, daß die internationalen Freundschaften wieder hergestellt würden, denn es werde fortlaufend Träger guten Willens zwischen den beiden Staaten des Ozeans sein und deshalb würden die Angehörigen der Stadt Newyork auf ihren Namensvetter stolz sein. Hierauf dankte Geheimrat Cuno (Reichskanzler a. D.) für die Worte des Schreibens und sagte, die Hapag wolle ihre geschäftlichen Arbeiten in dem Geiste der Freundschaft, des Vertrauens und der Zusammenarbeit zwischen beiden Nationen ausbauen. Frau Walker dankte in ihrem und im Namen des Bürgermeisters von Newyork für die freundliche Aufnahme in Deutschland. Frau Walker und die übrigen Amerikaner reisen Freitag mit der „Deutschland" nach ihrer Heimat zurück.



Stapellauf des neuen Hapag-Dampfers „New York".

Die britische Reichskonferenz.

Ein Treugelöbnis des australischen Premierministers.

Am ersten Arbeitstage der britischen Reichskonferenz hielt Chamberlain eine Rede über die Gesamtpolitik des Britischen Reiches. Über den Inhalt der Rede wird strenges Stillschweigen gewahrt. Es verlautet, daß die Ausführungen Chamberlains das ganze Feld der auswärtigen Beziehungen betrafen. In bezug auf den Locarnovertrag hatten seine Ausführungen den Charakter einer Verteidigung, da, wie bekannt, einige der Delegierten der Dominions scharf gegen die in Locarno niedergelegte Politik opponierten. Man nimmt in diplomatischen Kreisen an, daß im Anschluß an diese Rede eine Besprechung über den Abschluß von Verträgen durch Großbritannien und die Haltung der Dominions in bezug auf diese Verträge stattfand.

Auf einem vom Verband der Presse des Britischen Reiches den Teilnehmern an der Reichskonferenz gegebenen Essen führte der australische Premierminister, Bruce, in seiner Antwort auf einen Trinkspruch aus, der wichtige Grundsatz sei endgültig festgelegt, daß alle sich selbst regierenden Dominions freie und unabhängige Staatswesen seien, denen innerhalb des Britischen Reiches ihr Schicksal in die eigene Hand gegeben sei. Jeder Versuch, ihre Freiheit zu beschränken und niederzuhalten, werde natürlich auf Widerstand stoßen, aber die Redereien über unüberwindliche Schwierigkeiten, die auf der Konferenz überwunden werden müßten, besäßen keinen tatsächlichen Hintergrund. Wenn es einmal soweit kommen sollte, daß das Britische Reich und das englische Volk gegen eine andere Nation zu stehen hätten, dann seien seine australischen Landsleute entschlossen, mit England vereint und eins zu sein. Sie würden alles bekämpfen, was etwa zum Auseinanderbrechen jener großen Gemeinschaft führen könnte, die heute einen beständigen Faktor für die Förderung des allgemeinen Friedens darstelle.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" schreibt, man erwarte in weiten Kreisen, daß vor Beendigung der Reichskonferenz ein Beschluß gefaßt werden wird betreffend die Kandidatur eines Dominions bei den nächsten Wahlen zum Völkerbundrat, und daß Kanada der Kandidat des Britischen Reiches sein werde.

Prozeßkosten.

Von Justizinspektor Hennebeil, Essen.

Die Frage: „Wer bezahlt die Kosten?" ist für jeden, der einen Prozeß anstrengen will oder eine Klage zu erwarten hat, von großer Bedeutung. Es sollen deshalb hier die Bestimmungen der Zivilprozeßordnung über die Kosten und die Kostenerstattung mitgeteilt werden.

Die Kosten eines Rechtsstreits hat die unterliegende Partei zu tragen; wird nach dem ersten Urteil Berufung eingelegt und später vielleicht noch Revision, so daß der Rechtsstreit durch mehrere Instanzen geht, so fallen die Kosten derjenigen Partei zur Last, die zuletzt unterliegt. Zu den Kosten gehören, neben den Gerichtsgebühren, auch die Kosten, die dem Gegner erwachsen sind; sie sind zu erstatten, soweit sie zur zweckentsprechenden Rechtsverfolgung notwendig waren. Hierzu gehören u. a. auch Ausgaben, die durch Wahrnehmung von Terminen oder durch notwendige Reise dem Gegner erwachsen sind.

Wenn jede Partei teils obsiegt, teils unterliegt, so sind die Kosten zur Hälfte zu tragen oder verhältnismäßig zu verteilen. War die Zuvielforderung der einen Partei eine so geringfügige, daß sie keine besonderen Kosten verursacht hat, so kann das Gericht der anderen Partei die gesamten Prozeßkosten auferlegen.

Hat die verklagte Partei durch ihr Verhalten zur Erhebung der Klage keine Veranlassung gegeben (z. B., wenn sie zuvor nicht zur Zahlung aufgefordert ist), so fallen dem Kläger die Prozeßkosten zur Last; Voraussetzung ist aber, daß der Beklagte im Termin den Anspruch sofort anerkennt. Bei fälligen Geldforderungen genügt aber das Anerkenntnis allein nicht, vielmehr muß der Beklagte auch sofort Zahlung leisten.

Ist ein Anspruch durch Abtretung, Erbschaft usw. auf einen anderen Gläubiger übergegangen und will dieser den Schuldner verklagen, so muß er zunächst die Gegenpartei von dem Übergang in Kenntnis setzen. Tut er das nicht, so fallen ihm die Prozeßkosten zur Last, die dadurch entstanden sind, daß der Beklagte durch die Unterlassung der Mitteilung veranlaßt wurde, den Anspruch zu bestreiten.

Hat eine Partei einen Termin versäumt oder die Verlegung des Termins oder die Vertagung einer Verhandlung durch ihr Verschulden verursacht, so hat sie die dadurch entstandenen Kosten zu tragen, auch wenn sie in dem Prozeß obsiegt. Die Kosten eines ohne Erfolg eingelegten Rechtsmittels fallen der Partei zur Last, welche dasselbe eingelegt hat.

Gewinnt eine Partei einen Prozeß in der Berufungsinstanz auf Grund eines neuen Vorbringens, das sie nach freiem Ermessen des Gerichts bereits in erster Instanz geltend machen konnte, so können ihr die Kosten der Berufungsinstanz ganz oder teilweise auferlegt werden.

Die Entscheidung über den Kostenpunkt kann nicht angefochten werden, wenn nicht gleichzeitig gegen die Entscheidung in der Hauptsache das Rechtsmittel eingelegt wird. Ist eine Entscheidung in der Hauptsache nicht ergangen, so ist gegen die Entscheidung bezüglich der Kosten die sofortige Beschwerde zulässig. Besteht der unterliegende Teil aus mehreren Personen, so haften diese für die Kosten nach Kopfteilen; werden sie als Gesamtschuldner verurteilt, haftet jeder für die gesamten Kosten.

Börse und Handel.

Amtliche Berliner Notierungen vom 21. Oktober.

★ **Produktenbörse.** Die ruhigeren Nachrichten vom Auslande und die kaum veränderten Cifforderungen gestalteten die Marktlage ruhiger. Die erhöhten Preise hatten vermehrtes Inlandsangebot prompter Ware, und zwar mehr noch in Roggen als in Weizen, hervorgerufen und auch zu lebhafteren Umsätzen infolge der nachgebenden Forderungen geführt. Von Weizen ist noch manches nach dem Auslande gehandelt, auch an Mühlen war im Lande etwas mehr Geschäft. Im Zeithandel stellte sich der Preis des laufenden Monats, für den manches an Andienungsware unkontraktlich war und der in Deckung blieb, etwas höher, und da die weiteren Sichten ruhiger lagen, so trat gegen Dezember ein Aufgeld und gegen Frühjahr eine Verminderung des Reports ein. Roggen war für Oktober gleichfalls höher, für weitere Lieferung leicht abgeschwächt. Das Mehlgeschäft war ruhiger. Gerste wie Hafer wenig offeriert und in der Situation kaum verändert. Für Mais und Futterartikel blieb die Tendenz meist weiter fest.

Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm in Reichsmark:

	21. 10.	20. 10.		21. 10.	20. 10.
Weiz., märk.	270-273	270-273	Weizfl. I. Brl.	10,7-11,0	10,5-10,7
pommersch	—	—	Rogfl. I. Brl.	10,9-11,0	10,7
Rogg., märk.	224-229	225-230	Raps	—	—
pommersch	—	—	Leinsaat	—	—
westpreuß	—	—	Vikt.-Erbsen	53-60	52-59
Braugerste	220-270	220-270	kl. Speiseerbs.	36-39	35-38
Futtergerste	183-195	183-195	Futtererbsen	21-24	21-24
Hafer, märk.	178-194	178-194	Peluschken	—	—
pommersch.	—	—	Ackerbohnen	21-22,5	21-22,5
westpreuß.			Wicken	—	—
Weizenmehl			Lupin., blaue	—	—
p. 100 kg fr.			Lupin., gelbe	—	—
Bln. br. inkl.			Serradella	—	—
Sack (feinst.			Rapskuchen	15,2-15,4	15,0
Mrk. ü. Not.	36,5-39,5	36,5-39,5	Leinkuchen	20,0-20,4	20
Roggenmehl			Trockenschnit.	9,8-10	9,5-9,6
p. 100 kg fr.			Soya-Schrot	19,4-19,6	19,0-19,2
Berlin br.			Torfmu. 30/70	—	—
inkl. Sack	32,5-34	32,5-34,0	Kartoffelflck.	24-24,5	23,5-24

★ **Eierbörse.** a) Inländische Eier: große, vollfrische, gestempelte Inlandseier 18 Pf., frische Inlandseier über 55 Gramm 14½—16 Pf., frische Inlandseier unter 55 Gramm 13—14 Pf; b) Ausländische Eier: extra große 17½—18½ Pf., große Eier 14—16½ Pf., normale Eier 11—13½ Pf., abweichende Eier 11—12½ Pf., kleine und schmutzige 9½—10½ Pf.; c) Kühlhauseier: dänische 14½—16½ Pf., Kalkeier 10 Pf. Witterung schön. Tendenz ruhig.

★ **Kartoffelpreise** je Zentner waggonfrei märkischer Station. Amtlich ermittelt durch die Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg und für Berlin. Weiße Kartoffeln 2,90 bis 3,30, rote Kartoffeln 3—3,50, gelbfleischige Kartoffeln 3,40 bis 3,90 M. Großfallende Kartoffeln über Notiz. Fabrikkartoffeln 11½—13½ Pf. pro Stärkeprozent oder 2,60—2,90 M. je Zentner.

Voraussichtliches Wetter

Am 23. Oktober: Allgemein etwas milder, wechselnd bewölkt, zeitweise aufheiternd, strichweise etwas Regen. Süden und Osten: Ziemlich trüb, Regenfälle, kühl, nachher etwas wärmer. Am 24.: Allgemein ziemlich trüb, mäßiger Regen, windig, ziemlich milde, die Sonne macht sich vor. Süden und Osten: Nach kurzer Besserung neue Trübung, windig, Regenfälle, ziemlich milde. Am 25.: Wolkig, ziemlich mild, zeitweise Regen. Am 26. Abwechselnd heiter und wolkig, etwas kühler, stellenweise Niederschläge.

Kirchliche Nachrichten

21. Sonntag nach Trinitatis, den 24. Oktober 1926.

10 Uhr vorm.: Hauptgottesdienst.
Kollekte: Bedürftige Gemeinden der Provinz Sachsen.
½12 Uhr: Kindergottesdienst.
Mittwoch, abends 8 Uhr: Bibelstunde im Gemeindesaal.
Freitag, abends 8 Uhr: Jungfrauen-Verein im Gemeindesaal.
Die kirchliche Feier der goldenen Hochzeit beginnen am 15. 10. der Glasermeister Franz Dauer und seine Ehefrau Marie Auguste, geb. Weise.

In Zeiten wirtschaftlicher Notlage ist der haushälterische Umgang mit vorhandenen Vorräten nicht in das Ermessen der Einzelperson gelegt, sondern ein Allgemeinbedürfnis geworden. Die Lebenshaltung ist teuer, namentlich was Kleidung und Wäsche anbelangt. Gerade letztere kann nur durch sachmäßige Behandlung vor frühzeitigem Verschleiß und Unansehnlichkeit bewahrt werden. Besonnlich leidet die Wäsche beim Waschen am meisten, da Reibarbeit und mit zerfressenden Bestandteilen durchsetzte Waschmittel zerstörend auf das Gewebe wirken. Die fürsorgende Hausfrau kennt keinen Waschtag, ohne den Beistand, den ihr **Dr. Thompsons Seifenpulver** mit dem Schwan, nach dem Gutachten zahlreicher namhafter Chemiker frei von schädlichen Stoffen, in vollendetem Maße gewährt

Wirkungsvoll reden durch Selbst-Unterricht ist jedem möglich, wenn er dazu eine aus der Praxis geschriebene Anleitung benutzt. Wie der Redner sein Publikum fesselt, einen Vortrag überzeugend aufbaut, frei sprechen lernt, Schüchternheit und Redeangst überwindet und ein schlagfertiger Debattenredner wird, zeigt in spielend leicht faßlicher Weise das Werk des bekannten Vortrags- und Rundfunkredners Walter Möller „Die Macht der freien Rede im öffentlichen, gesellschaftlichen und Geschäftsleben, sowie die Grundlagen für eine erfolgreiche Vortragskunst". Allen, die in der Oeffentlichkeit stehen oder eine Rolle darin spielen wollen, Vereinsrednern, Stadt- und Gemeindeverordneten, Beamten und Geschäftsleuten, auch jedem Gelegenheitsredner weist das mit vielen Abbildungen ausgestattete Werk den Weg zum Erfolg. Preis nur 2 Mk., geb. 3 Mk. zuzügl. 30 Pf. Porto. Verlag von Wilhelm Möller, Oranienburg bei Berlin. Auch zu beziehen durch die Sauersche Buchhandlung.

Richtig kochen

muß man, um gute Speisen auf den Tisch zu bringen. Deshalb beachten Sie bitte auch bei **Maggi's Suppen** die jedem Würfel aufgedruckte einfache Kochanweisung, die naturgemäß nicht für jede der vielen Sorten die gleiche sein kann. Dann schmecken **Maggi's Suppen** vorzüglich. 1 Würfel für 2 Teller **13** Pfennig.

Haben Sie schon daran gedacht Ihre Winterkleidung chemisch Reinigen oder Färben zu lassen

?

Beauftragen Sie noch heute die altbekannte Färberei u. chem. Reinigungsanstalt

Carl Bartels, Naumburg.

Annahmestelle: Nebra

E. Krey, Manufakturwaren, Wasserstr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219261023-15/fragment/page=0003

Polizei-Verordnung
betreffend
den Anschluß der Grundstücke an die Straßenkanäle in der Stadt Nebra.

Auf Grund der §§ 5, 6 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 und des § 143 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 in Verbindung mit Artikel III der Verordnung über Vermögensstrafen und -bußen vom 6. Februar 1924 (R. G. Bl. S. 44) wird mit Zustimmung des Magistrats für den Bezirk der Stadt Nebra a. U. die nachstehende Polizeiverordnung erlassen:

§ 1.

Zwang zum Anschluß an den Straßenkanal.

1. Alle bebauten Grundstücke an Straßen und Plätzen, in welchen ein öffentlicher städtischer Kanal vorhanden ist oder bei fortschreitender Kanalisation hergestellt wird, müssen zum Zwecke ihrer Entwässerung und Reinigung an diesen Kanal angeschlossen werden. Diese Verpflichtung tritt für noch unbebaute, an kanalisierten Straßen liegende Grundstücke dann ein, wenn darauf ein Gebäude errichtet wird.
2. Bebaute Grundstücke, welche an mehreren Straßen liegen, müssen angeschlossen werden, wenn auch nur in einer dieser Straßen ein öffentlicher städtischer Kanal vorhanden ist.
3. Der Anschluß unbebauter Grundstücke an den Kanal muß geschehen, wenn die Abwässer nicht aus reinem Regenwasser bestehen, und ihre Ableitung sonst in Senkgruben und dergleichen erfolgen müßte.
4. Bei Errichtung von Neubauten oder größeren Umbauten an solchen Straßen, welche noch nicht kanalisiert sind, deren Kanalisation aber in Aussicht genommen ist, müssen die Entwässerungseinrichtungen den nachstehenden Vorschriften entsprechend angelegt und so angeordnet werden, daß der Abfluß später nach dem zu erbauenden Straßenkanal bewirkt werden kann.
5. Privatstraßen mit parzellierten Grundstücken und darauf befindlichen Gebäuden gelten inbezug auf die Entwässerung als ein bebautes Grundstück und unterliegen den Bestimmungen dieser Verordnung.
6. Die Polizeibehörde ist befugt, in außergewöhnlichen Fällen Ausnahmen von den vorstehenden Vorschriften zu gestatten.

§ 2.

Die in den Straßenkanal abzuführenden Abwässer.

1. Alle Abwässer der zum Anschluß an den Straßenkanal verpflichteten Grundstücke müssen, vorbehaltlich der aus den nachstehenden Vorschriften sich ergebenden Beschränkungen in den Straßenkanal abgeführt werden.
2. Die Ableitung von Kondensationswasser und Abwässern aus den Fabriken und sonstigen gewerblichen Anlagen oder hydraulischen Betrieben in die öffentlichen Kanäle ist nur mit ausdrücklicher, jederzeit widerruflicher Genehmigung der Polizeibehörde und mit Zustimmung des Magistrats zulässig. Die Genehmigung kann versagt werden oder nach Art der Abwässer an die Erfüllung besonderer Bedingungen geknüpft werden.
3. Verboten ist die Abführung von festen Stoffen irgenf welcher Art, namentlich von Küchenabfällen, Kehricht, Asche, Sand, Schutt, Lumpen sowie von feuergefährlichen, explosionsfähigen und solchen Stoffen, welche (z. B. Säuren) geeignet sind, die Kanalanlagen zu beschädigen oder schädliche und lästige Ausdunstungen verursachen. Für Schäden, welche durch vorschriftswidrige Einleitung solcher Stoffe und Wässer entstehen, wird der Grundstückseßitzer haftbar gemacht, durch dessen Entwässerungsanlage der Zufluß stattgefunden hat.
4. Die Abführung menschlicher Abgänge in den Straßenkanal ist verboten. Ausnahmen bedürfen einer jedesmaligen besonderen polizeilichen Genehmigung, die nur erteilt werden kann, wenn eine vorschriftsmäßige Kläranlage in dem betreffenden Grundstück angelegt wird.

§ 3.

Aufforderung zur Herstellung des Kanalanschlusses.

1. Die Aufforderung an welchen Straßen und Plätzen die Kanalanschlüsse herzustellen sind, erfolgt durch eine im Einvernehmen mit dem Magistrat von der Polizeibehörde zu erlassende öffentliche Bekanntmachung oder durch schriftliche Aufforderung der Verpflichteten.
2. Die Eigentümer oder Verwalter der an den betreffenden Straßen und Plätzen belegenen, zum Anschluß verpflichteten Grundstücke haben innerhalb 4 Wochen nach erfolgter Bekanntmachung oder der schriftlichen Aufforderung einen vollständigen Antrag auf Erteilung der baupolizeilichen Erlaubnis zur Herstellung des Anschlusses und der Hausentwässerungsanlage der Polizeibehörde einzureichen und die genehmigte Anlage innerhalb 6 Wochen nach Herstellung der Anschlußleitung auf der Straße auszuführen. Nur nach Erteilung der Erlaubnis und unter Einhaltung der gestellten Bedingungen darf die Ausführung vorgenommen werden.
3. Wenn auf freier Vereinbarung ein Anschluß durch die städtische Bauverwaltung auf Kosten der Verpflichteten hergestellt wird, bedarf es des Antrages auf die baupolizeiliche Erlaubnis nicht.
4. Die Inbetriebnahme darf erst auf Grund einer ausdrücklichen polizeilichen Genehmigung erfolgen.

§ 4.

Zuwiderhandlungen.

1. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieser Polizeiverordnung werden, soweit andere Vorschriften keine strengeren Strafen androhen, mit Geldbuße bis 150,— Rmk. geahndet, an deren Stelle im Unvermögensfalle eine Haftstrafe bis 14 Tage tritt.
2. Unabhängig von der Bestrafung kann zwangsweise die Durchführung der Vorschriften dieser Polizeiverordnung nach Maßgabe des § 132 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 erfolgen.

§ 5.

3. Die Polizeibehörde ist berechtigt, in allen Fällen, wo vorschriftswidrige Einrichtungen gefunden werden, die Benutzung der Entwässerungsanlage zu untersagen und nötigenfalls durch Abschließun gdom Straßenkanal bis zur Erfüllung der gemachten Auflagen zu verhindern.

Inkrafttreten.

Diese Polizeiverordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft

Nebra, den 24. Juni 1926.

Die Polizei-Verwaltung. gez. Stattmann.

Vorstehende Polizeiverordnung wird nach Beratung gemäß § 5 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 in Verbindung mit § 143 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 die Zustimmung erteilt.

Nebra, den 24. Juni 1926.

Der Magistrat.
gez. Stattmann. Hensel. Hankel. Hamel. A. Franke.

Diejenigen Benutzer der Volksbibliothek, die ihre entliehenen Bücher bisher nicht zurückgegeben haben, werden aufgefordert, die Bücher unverzüglich in der Pfarre abzugeben.

Hoyer, Pfarrer.

Stadt-Lichtspiele Preuß. Hof

Sonntag, den 24. Oktober, abends 8 Uhr:

Die Tänzerin von Ahamar.

Die Liebe einer Tänzerin.

Ferner:

Schiffbruch oder: **Die Macht der Musik.**

Extra-Einlage:

Die Brieftaube.

Es laden freundlichst ein **Die Besitzer.**

Vitzenburg.

Sonntag, den 24. Oktober

Tanzvergnügen,

wozu freundlich einladet **Wirthmann.**

Schutzmarke

In nassen Jahren

bleiben Knochen- und andere Krankheiten nie aus. Beugen Sie vor durch regelmäßige Beigabe des echten gewürzten Futterkalkes **M. Brockmanns „Zwergs-Marke"** oder des ungem. **„Patent-Nährsalzkalkes".** Prospekte kostenfrei. — Nur echt im Original-Paket. — Nie lose! Da Fälschungen im Handel, achte man beim Einkauf genau auf Schutzmarke und Firma des alleinigen Fabrikanten

M. Brockmann Chem. Fabr. m. b. H., Leipzig-Eutr.

Zu haben in Roßleben in der Apotheke zur gold. Aue, H. Ulrich; bei Karl Häusler; Klingberg & Garfs Nachf., Inh. Walter Möschter, Kolonialwaren. In Nebra bei Walter Gutsmuths, Adler-Drogerie.

Heute morgen 5¼ Uhr entschlief sanft, nach kurzem Krankenlager, unsere liebe Mutter, Grossmutter, Schwiegermutter und Schwester, Frau

Marie Marquardt
geb. Stahr

im 65. Lebensjahr.

Dies zeigen schmerzerfüllt an:

Nebra, 22. Oktober 1926.

Familie Marquardt.
Familie Fahlbusch
Familie Ludwig

Beerdigung findet am Montag, mittag 12 Uhr statt.

Ata

Henkel's Scheuermittel — keine Hausfrau mag es entbehren!

Leipziger Neueste Nachrichten

Größte deutsche Tageszeitung mit illustr. Beilage „Welt im Bild"

Ausführliche Handels-Nachrichten u. Kursnotierungen von allen bedeutenden Wirtschaftsplätzen des In- u. Auslandes

Vielbeachtete tägliche Leitartikel

Umfangreicher Nachrichtendienst vom In- u. Ausland

Das erfolgreiche Anzeigenblatt

Probenummern kostenlos durch die Geschäftsstelle Leipzig-Dt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219261023-15/fragment/page=0004

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 0.85 Mk.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 21. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 5 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 15 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 85 Sonnabend, den 23. Oktober 1926. 39. Jahrgang.

Gegen die Politik von Thoiry.

Nach einer Meldung der französischen Agentur Havas hat die Botschafterkonferenz in Paris soeben einen ziemlich befremdenden Beschluß gefaßt, der sich mit der Entwaffnung Deutschlands beschäftigt und in ziemlichem Gegensatz zu der in Locarno, Genf und Thoiry angebahnten Politik stehen würde. Die Agentur Havas berichtet über die Sitzung der Botschafterkonferenz am Mittwoch:

Es sei eine Anzahl von Berichten betreffend die Entwaffnung Deutschlands zur Kenntnis genommen worden. Die Berichte behandelten verschiedene Punkte, in denen die Kontrollkommission weiterhin der Ansicht sei, daß sie von der deutschen Regierung noch nicht befriedigt worden sei. Es handele sich insbesondere um die Organisation des Oberkommandos, hinsichtlich dessen übrigens der Rücktritt des Generals von Seeckt und die von seinem Nachfolger angenommenen Direktiven tatsächlich einige Beruhigung gebracht hätten. Die illegalen Rekrutierungen, die zur Demission des Generalissimus geführt hätten, beschäftigten gleichfalls die Konferenz. Es handle sich noch um die Herstellung und die Ausfuhr von Kriegsmaterial, die Organisation der Polizei, die Veräußerung gewisser militärischer Gebäude, die Befestigung von Königsberg, die sogenannten Sportverbände, die in Wirklichkeit militärische Ziele verfolgten. Erst wenn die Kontrollkommission der Botschafterkonferenz mitgeteilt habe, daß sie in allen diesen Punkten befriedigt worden sei, werde die Botschafterkonferenz den Völkerbund ersuchen können, die Aufgaben der Militärkontrolle in Deutschland zu übernehmen, wie dies in Locarno ins Auge gefaßt worden sei.

Der Reichsregierung liegt noch keine amtliche Mitteilung über diese Beschlüsse der Botschafterkonferenz vor, doch ist an ihrer Tatsächlichkeit kaum zu zweifeln. Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages ist zum 26. Oktober einberufen und es ist kaum daran zu zweifeln, daß bei dieser Gelegenheit die Stellungnahme der Reichsregierung zu den aufsehenerregenden Entschließungen der Pariser Botschafterkonferenz klar umrissen wird.

Halbamtliche deutsche Erklärungen.

Von zuständiger Stelle wird zu den einzelnen Punkten der Havasveröffentlichung festgestellt, daß irgendwelche Änderungen in der Stellung des Chefs der Heeresleitung nicht vorgenommen worden und auch nicht mehr zu erwarten sind, nachdem bereits im Juli mit der Gegenseite darüber eine Einigung erzielt worden ist. Unsinnig ist es, wenn davon gesprochen wird, daß dem Nachfolger Seeckts, dem Generalleutnant Heye, bei der Übernahme seines Amtes Direktiven gegeben seien, die „einige Beruhigung gebracht hätten". Für die Reichsregierung ist die Frage der Stellung des Chefs der Heeresleitung durch die Neuregelung des Oberbefehls endgültig erledigt. Ferner muß man darauf hinweisen, daß die Demission des Generals v. Seeckt wegen der Einstellung des Kronprinzensohnes als Zeitfreiwilliger gezeigt hat, daß der Reichswehrminister nicht gewillt ist, illegale Rekrutierungen zu dulden. Über die Frage des Handels mit Kriegsmaterial sind die Verhandlungen noch im Gange. Desgleichen wird noch verhandelt über die Forderungen der Gegenseite bezüglich der Polizeiorganisationen. Was die Verwertung ehemaliger Kasernen anbelangt, so kann die Regierung nachweisen, daß sie sich wiederholt um den Verkauf dieser Gebäude bemüht hat, jedoch bei der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzlage ohne Erfolg. Einer der wesentlichsten Streitpunkte scheint nach wie vor die Frage der Sportverbände zu sein. Hier verweist man seitens der zustimmenden Stellen auf das Märzgesetz vom Jahre 1922, das militärisch organisierte Verbände verbietet. Die Exekutive für dieses Gesetz liegt bei den Ländern. Man kann nur wünschen, daß die Länderregierungen, soweit das nicht geschehen ist, alles tun, um diesen wirklich überflüssigen Streitpunkt aus der Welt zu schaffen.

*

Noch immer nicht befriedigt.

Zu den Schlußfolgerungen der Botschafterkonferenz in Paris wird uns von besonderer Seite geschrieben:

Der soeben gefaßte Beschluß der Pariser Botschafterkonferenz zeigt mit betrübender Deutlichkeit, daß wir in der Frage, wann die internationale Militärkontrolle in Deutschland ihr Ende erreicht, trotz Locarno, Genf und Thoiry kaum einen Schritt vorwärtsgekommen sind. Die Botschafterkonferenz besteht auf ihrem Schein, von irgendeinem Entgegenkommen ist nicht die Rede. Man hat wieder einmal festgestellt, daß Deutschland noch längst nicht so abgerüstet habe, wie die Entente es verlange. Diese Forderungen der Entente sind nämlich das Maßgebende, nicht etwa die Versailler Bestimmungen über die deutsche Entwaffnung. Auf der Botschafterkonferenz ist man so gütig gewesen, sich wenigstens mit der Neuordnung des Oberkommandos befriedigt zu erklären. Aber man ist „unbefriedigt", sehr unbefriedigt über noch alle möglichen Punkte, deren Nichterfüllung anscheinend den Frieden in Europa bedroht, trotz unseres Eintritts in den Völkerbund und des Vertrages von Locarno.

Da ist zum Beispiel die Frage der Rekrutierung, die in Paris ernstes Kopfschütteln erregte, weil ein Prinz ein Manöver mitmachte. Da verlangt man weiter eine Umorganisierung der Schutzpolizei, hat sich immer noch nicht beruhigt über die Streitfrage, ob nicht auf der „Festung" Königsberg die zwanzig dort befindlichen Kanonen auf festen oder etwa beweglichen Lafetten stehen. Da hat man ferner allerlei in deutschen Zeitungen und Zeitschriften gelesen über die Herstellung und die Ausfuhr gewaltiger Mengen von Kriegsmaterial, die Deutschland deswegen ins Ausland führe, um sie dort aufzubewahren. Da spuken auch noch die angeblichen Vorbereitungen der „Sportverbände" herum, obwohl soeben das Reichsgericht entschieden hat, daß weder der Sportklub „Olympia" noch der „Wiking", die aus politischen Gründen in Preußen verboten wurden, sich mit militärischen Vorbereitungen beschäftigen.

Auffallend war es ja schon, daß auch gegen Österreich vor einiger Zeit von der Botschafterkonferenz ein überraschender Vorstoß in der Entwaffnungsfrage erfolgte und daß man dort sogar eine Riesenmenge von Maschinen beschlagnahmte, die angeblich zur Herstellung von Kriegsmaterial dienen könnten. Es dürfte daher an der Zeit sein, nun endlich einmal etwas Tatsächliches über jene angedeuteten Verabredungen zu erfahren, um feststellen zu können, wie sie in Einklang zu bringen sind mit dem jetzigen Vorstoß der Botschafterkonferenz. Es ist doch höchst erstaunlich, daß Deutschland im Völkerbund ist, sogar im Völkerbundrat sitzt und trotzdem sich die Militärkontrolle gefallen lassen muß, also als eine kriegsverdächtige Macht betrachtet wird. Eine Aufklärung dieser Frage wird sich kaum noch umgehen lassen, wenn endlich die Verhandlungen von Locarno, Genf und Thoiry Früchte tragen sollen.

Über all dieses wird nun schon seit über einem Jahr hin und her geredet, Noten und Berichte werden gewechselt, das einzig Feste in der Erscheinungen Flucht aber ist und bleibt die Militärkontrollkommission. Die Botschafterkonferenz hat nun beschlossen, die militärische Kontrolle erst dann auf den Völkerbund übergehen zu lassen, wenn die Kontrollkommissionen der Entente berichtet haben, daß alle Entwaffnungsforderungen erfüllt sind. Die deutsche Öffentlichkeit weiß, daß man ebenso in Locarno wie in Genf, wahrscheinlich auch bei der Zusammenkunft in Thoiry, über diese Dinge gesprochen hat, und es ist mitgeteilt worden, daß dies im Geiste der Verständigung erfolgt sei. Es bedeutet daher eine schwere Enttäuschung, wenn sich jetzt herausstellt, daß praktische Folgen daraus nicht erwachsen sind.

Der Reichspräsident in Bremen.

Lebhafte Ovationen für Hindenburg.

Die Ankunft des Reichspräsidenten und seiner Begleitung zum Besuch der Freien und Hansestadt Bremen ist am Donnerstag morgen erfolgt. Es herrschte trockenes nebeliges Wetter bei 5 Grad unter Null. Der Reichspräsident schritt nach dem Empfang durch den Senatspräsidenten, Dr. Donandt, auf dem von Tausenden von Zuschauern umsäumten Bahnhofsplatz, mit stürmischen Hochrufen begrüßt, die Front der Ehrenkompagnie ab und verweilte längere Zeit bei den in großer Zahl erschienenen Altveteranen und nahm sodann den Vorbeimarsch entgegen. Darauf trat der Reichspräsident mit seiner Begleitung die Fahrt durch die festlich geschmückten Straßen nach dem Rathaus an, überall von der spalierbildenden Menge und von der Schuljugend mit lebhaften Ovationen herzlich begrüßt. Im Rathaus wurde der Reichspräsident vom Senat und dem Präsidium der Bürgerschaft empfangen.

Nach dem Empfang begab sich der Reichspräsident durch das Alte Rathaus nach dem Kaiser-Wilhelm-Platz, wo er zunächst die Altveteranen von 1864, 1866 und 1870/71, den Vorstand des Vereins der 91er und des 3. Garderegiments zu Fuß, der beiden von ihm früher befehligten Regimenter, und den Vorstand des Landeskriegerverbandes begrüßte. Darauf fand in der Liebfrauenkirche eine Besichtigung des Ehrenmals der Gefallenen des 1. Hanseatischen Infanterieregiments Nr. 75 statt, an dem der Reichspräsident einen Kranz niederlegte. Der Reichspräsident fuhr darauf nach den Bremischen Häfen und unternahm an Bord des Lloyddampfers „Vorwärts" eine Fahrt durch die Häfen 1 und 2. Um 12 Uhr legte der Tender beim Lloyddampfer „Fulda" an, auf dem die Flagge des Reichspräsidenten gehißt wurde. An Bord wurde der Reichspräsident vom Präsidenten des Norddeutschen Lloyds, Dr. Heineken, und dem Vorstand und Aufsichtsrat des Norddeutschen Lloyds herzlich begrüßt. Sodann fand ein Frühstück im kleinen Kreise statt. Der Reichspräsident verließ kurz vor zwei Uhr den Dampfer „Fulda" und begab sich im Kraftwagen zur Privatwohnung des Senators Römers, wo er Wohnung nahm.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Ministererklärungen im Reichstagsausschuß.

Im Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten, der sich mit der Erwerbslosenfürsorge beschäftigte, gab Reichsarbeitsminister Dr. Brauns im Namen der Reichsregierung eine Erklärung ab, in der es heißt: Die Reichsregierung bleibt bemüht, zusätzliche Arbeitsgelegenheit zu schaffen, insbesondere für die langfristigen Erwerbslosen. Angesichts der Arbeitsmarktlage, ferner der Tatsache, daß in durchaus nicht seltenen Fällen die heutigen Unterstützungssätze bereits die Löhne übersteigen oder schon sehr nahe an sie heranreichen, hält die Reichsregierung eine allgemeine Erhöhung der Unterstützungssätze für nicht angängig.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius führte sodann u. a. aus: Der tiefste Punkt der deutschen Wirtschaftskrise kann seit Februar dieses Jahres als überwunden gelten, unsere Wirtschaft befindet sich in einer aufsteigenden Entwicklung. Von einer günstigen Wirtschaftslage sind wir freilich noch weit entfernt. Sodann ging der Minister auf die Erschließung neuer Absatzgebiete durch Eröffnung neuer Kreditwege ein. Zur Frage der weiteren Finanzierung des Russengeschäftes erklärte der Minister, daß Verhandlungen im Gange seien und daß die Reichsregierung bemüht sei, die Finanzierungsmöglichkeiten in einem Umfange zu erweitern, der die Ausnutzung der vollen Garantie gestattet.

Reichsfinanzminister Dr. Reinhold schloß sich in der Beurteilung der Wirtschaftslage der Auffassung des Reichswirtschaftsministers an. Die Einnahmen des Reiches haben im ersten Halbjahr gegenüber dem Voranschlag ein Mehr von hundertdreißig Millionen ergeben. Trotzdem ist die Finanzlage immer noch angespannt. Da die Reichsregierung die Beschaffung von Arbeit für den besten Weg zur Behebung der Arbeitslosigkeit hält, hat sie im ordentlichen Haushalt 1926 hierfür hundertacht Millionen Reichsmark vorgesehen. In den Extraordinarien des Nachtragshaushalts sind weitere sehr erhebliche Mittel vorgesehen. Die Mittel sollen im Anleihewege aufgebracht werden.

Seipels Programmrede.

Neue Politik in Österreich.

Bundeskanzler Dr. Seipel unterbreitete dem Nationalrat das Programm seiner Regierung. Auf außenpolitischem Gebiete, so sagte Dr. Seipel, bleiben die von den bisherigen Regierungen eingehaltenen Grundsätze unverändert bestehen: die Politik der Offenheit in den Verhandlungen, die Verständigung mit allen, mit denen es noch einer Verständigung bedarf, die Vertragstreue und die Sicherung des Friedens. In den letzten Jahren hat niemand so viel Mühe darauf verwendet, zu sagen, wieviel uns mit dem großen Bruder vorbindet, als ich selbst. In dieser Aufklärungsarbeit will ich auch als Bundeskanzler nicht ermüden.

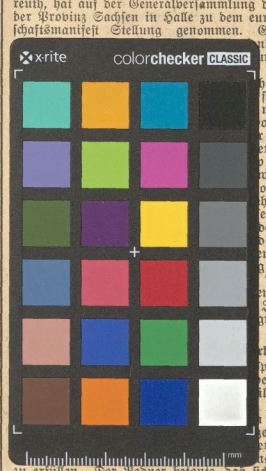
Als Hauptpunkte des innerpolitischen Programms bezeichnete Dr. Seipel die Erhaltung des Gleichgewichts im Staatshaushalt sowie die Wiederherstellung des Ansehens der parlamentarischen Einrichtungen. Dazu sei notwendig, daß das „Unvereinbarkeitsgesetz" (von Politik und Geschäft) von Grund auf ausgebaut werde, die Auswirkungen der Inflationszeit zum Verschwinden gebracht werden und ein Trennungsstrich zwischen Vergangenheit und der neuen Zeit gezogen wird. Dr. Seipels Programm hat in der Öffentlichkeit eine günstige Aufnahme gefunden.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Landwirtschaft zum Wirtschaftsmanifest.

Der Präsident des Reichslandbundes, Graf Kalckreuth, hat auf der Generalversammlung des Landbundes der Provinz Sachsen in Halle zu dem europäischen Wirtschaftsmanifest Stellung genommen. Graf Kalckreuth



ndwirtschaftlichen
ndgebung ohne
Deutschland be-
hen. Sollte aber-
sie der Industrie
man durch inter-
on Zollschutz für
in Deutschland
er Industrie auch
verhängnis-
wer zu bewirt-
oder ganz schwe-
hr den unren-
etzen, und weite
des würden sich,
d gezeigt hat, in
en würde dann
gleit von den
Amerika, Kana-
en und zu den
Industrie kämen
ungslosen Land-

Verkehrspolitik.

prach im Reichs-
erschiedene Pro-
lung der Eisen-
daß dieses das
tionserfül-
eigen, ob es der
ressen der Wirt-
sverpflichtungen
zu erfüllen. Der Redner betonte, daß sich eine gute Zusammenarbeit zwischen Reichsbahn und Reichsverkehrsministerium angebahnt habe. Hinzuweisen sei auf die der Eisenbahn entstandene Konkurrenz durch Auto und Flugzeug. Der Minister kam dann auf die Luftfahrt zu sprechen und erklärte, Deutschland besäße heute keinen Flugzeugschrott, sondern nur hochwertige Flugzeuge. Durch die Beteiligung an der Lufthansa beabsichtigt die Regierung keineswegs eine Sozialisierung der Luftfahrt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219261023-15/fragment/page=0005